

Positionspapier

zum European Green Deal und damit einhergehender Folgemaßnahmen

Berlin, 29. Juli 2020

Aufbauend auf dem Prozess zur Entwicklung einer „Langfriststrategie für ein klimaneutrales Europa bis 2050“ hat die Präsidentin der Europäischen Kommission (EU-Kommission), Ursula von der Leyen, bereits vor ihrer Wahl im Herbst 2019 eine zukunftsweisende Strategie für den klimaneutralen Umbau der europäischen Wirtschaft angekündigt. Im Dezember 2019 hat die EU-Kommission sodann eine umfassende Wachstumsstrategie unter dem Titel European Green Deal vorgestellt.

Mit dem European Green Deal soll nicht nur der Weg für den klimaneutralen Umbau der europäischen Volkswirtschaft bis 2050 bereitet, sondern darüber hinaus wichtige Impulse für die europäische Wettbewerbsfähigkeit, künftige Innovationen und gesellschaftlichen Wohlstand gesetzt werden. Die EU-Kommission verdeutlicht mit dem European Green Deal, dass die kommenden Dekaden nicht nur von der klimaneutralen Transformation der europäischen Wirtschaft gekennzeichnet, sondern ebenso von einer umfassenden Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft geprägt sein werden.

In der Mitteilung zum European Green Deal hat die EU-Kommission zentrale Herausforderungen wie z.B. die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich sowie Chancen z.B. Technologieführerschaft über klimaneutrale Technologien aufgezeigt und darauf aufbauend u.a. eine sektorübergreifende Überprüfung der Leitlinien für Energie- und Umweltbeihilfen und weitere sektorspezifische Maßnahmen z.B. Entwicklung einer Industriestrategie angekündigt.

eco – Verband der Internetwirtschaft e.V. und die vom eco initiierte „Allianz zur Stärkung digitaler Infrastrukturen in Deutschland“¹ bewerten die Mitteilung zum European Green Deal sowie die darin angekündigten Folgemaßnahmen positiv. Bei den Betreibern digitaler Infrastrukturen handelt es sich um Rechenzentren wie Cloud-, Co-Location- und Hyperscale-Anbieter, die als Rückgrat der Digitalisierung in Europa gelten. Die Betreiber von Rechenzentren teilen die Einschätzung der EU-Kommission, dass zur Bewältigung der aufkommenden klima- und strukturpolitischen Herausforderungen ein strategisch angelegtes Gesamtkonzept erforderlich ist. Im Zuge der aus dem Green Deal erwachsenden Arbeiten muss ein moderner Ordnungsrahmen erarbeitet werden, der Planungssicherheit für Investitionen und Innovationen gewährleistet, die europäische Wettbewerbsfähigkeit stärkt und Wohlstand in Europa ermöglicht.

Dabei sind sich die Betreiber digitaler Infrastrukturen ihrer energie- und klimapolitischen sowie strukturellen Verantwortung bewusst und unterstützen die

¹ Nähere Informationen zur Allianz zur Stärkung digitaler Infrastrukturen in Deutschland finden Sie unter <https://digitale-infrastrukturen.net/>



Erarbeitung eines modernen Ordnungsrahmens, um einen Beitrag zur Bewältigung der bevorstehenden Herausforderungen zu leisten.

Für die Betreiber von Rechenzentren sind unter Prämisse des European Green Deal sowie den damit einhergehenden Folgemaßnahmen insbesondere folgende Themenkomplexe von besonderer Relevanz:

- Monitoring bestehender europäischer Rechtsvorschriften
- Entwicklung sektorspezifischer und –übergreifender Strategien und Maßnahmen
- Dekarbonisierung des europäischen Energiesystems
- Infrastrukturausbau zur Entwicklung und Nutzung nachhaltig wirkender digitaler Technologien und Anwendungen
- Stärkung von Forschung und Entwicklung
- Modernisierung und Stärkung der Aus- und Weiterbildung
- Ausbau digitaler Infrastrukturen zur Digitalisierung der Industrie
- Abbau bürokratischer Hürden
- Stärkung der Möglichkeiten zur Unternehmensfinanzierung

European Green Deal

Mit der Wachstumsstrategie „European Green Deal“ skizziert die EU-Kommission die Eckpunkte für einen modernen und zukunftsorientierten Ordnungsrahmen, um den künftigen Herausforderungen zu begegnen. Im Jahr 2050 soll sich die europäische Wirtschaft durch Modernität, Ressourceneffizienz und Wettbewerbsfähigkeit auszeichnen.

Damit die sektorenübergreifende Klimaneutralität bis 2050 erreicht werden kann, wird mit dem European Green Deal ein Monitoring der bestehenden europäischen Rechtsvorschriften auf Zielerreichbarkeit bzw. Zielverträglichkeit angekündigt. Die Betreiber von Rechenzentren begrüßen die Ankündigung zur Überprüfung der Rechtsvorschriften insbesondere in den Bereichen Energie, Industrie, Infrastruktur und Besteuerung. Die Betreiber von Rechenzentren agieren in einem stark durch europäischen aber auch internationalen Wettbewerb gekennzeichneten Marktumfeld. Um Rechenzentren in Europa attraktive Standortbedingungen für den Infrastrukturausbau bzw. die Neuansiedlung zu bieten, sollten administrative Hemmnisse in den kommenden Jahren konsequent beseitigt und die bestehende Kostenlast – insbesondere Energiekosten trotz des Ausbaus erneuerbarer Energien – auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau reduziert werden. Aufgrund des hohen Energiebedarfs von Rechenzentren gelten die Energiekosten als zentrales Kriterium für Standortentscheidungen. Um bessere ökonomische Rahmenbedingungen für Rechenzentren zu ermöglichen, sollten die Leitlinien für Energie- und Umweltschutzbeihilfen sowie die Richtlinie zur Energiebesteuerung einer grundlegenden Überarbeitung – unter Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte – unterzogen werden. Aktuell partizipieren Rechenzentren trotz eines nahezu identischen Energienutzungsverhaltes – im Vergleich zur energieintensiven Industrie – wegen ihrer Eigenschaft als Dienstleister von keinen begünstigenden Sondertatbeständen bei der Energiebepreisung. Diese Ausgangssituation gilt es unter Berücksichtigung der künftigen strategischen Bedeutung digitaler Infrastrukturen, der europäischen Datensouveränität und den möglichen Mehrwerten aus innovativen digitalen Anwendungen und Technologien kritisch zu überprüfen.



Um den spezifischen Herausforderungen einzelner Wirtschaftszweige begegnen zu können, sollen sektorspezifische Strategien z.B. eine Industriestrategie und sektorübergreifende Strategien z.B. für eine intelligente Sektorintegration entwickelt werden. Auf Basis der Strategien sollen branchenspezifische Problemstellungen herausgearbeitet und darauf aufbauend Lösungsansätze und konkrete Maßnahmen abgeleitet werden.

Die Betreiber von Rechenzentren halten die Entwicklung sektorspezifischer und branchenübergreifender Strategien für eine wichtige Maßnahme, um den Herausforderungen und Chancen der einzelnen Sektoren und Zukunftsthemen angemessen begegnen zu können. eco ruft die EU-Kommission dazu auf, bei den Vorbereitungen zur Strategie für eine intelligente Sektorintegration im Bereich der Abwärmepotentiale ausnahmslos alle Abwärmequellen zu evaluieren und branchenübergreifende Nutzungsformen zu prüfen.

Aufgrund ihrer technischen Ausgestaltung verfügen Rechenzentren über große Abwärmemengen, die bisher nicht konsequent einer systematischen Nutzung z.B. Einspeisung in Nah- bzw. Fernwärmenetze oder Verwendung im Bereich Vertical Farming zugeführt werden.

Darüber hinaus sollten aus Sicht des eco mit der Erarbeitung einer Industriestrategie nachhaltige Impulse in den Bereichen Digitalisierung, Innovation, Ressourceneffizienz und Wettbewerbsfähigkeit gesetzt werden.

Die Dekarbonisierung des europäischen Energiesystems gilt wegen des hohen fossilen Rohstoffbedarfs der Energiewirtschaft als eine der zentralen Herausforderungen in den kommenden Dekaden. Zur Dekarbonisierung wird ein ausgewogener Maßnahmenmix angestrebt. Dabei steht die Steigerung der Energieeffizienz an erster Stelle, gepaart mit einem massiven Ausbau erneuerbarer Energien. Beide Maßnahmenstränge sollen im Einklang zu einander stehen, um eine sichere und bezahlbare Energieversorgung zu gewährleisten.

Die Betreiber von Rechenzentren begrüßen die Entscheidung der EU-Kommission für eine vollständig dekarbonisierte und auf Effizienz ausgerichtete Energieversorgung in Europa.

Die künftigen Formen der Energiegewinnen haben direkten Einfluss auf die Treibhausgasemissionen von Rechenzentren. Im Vergleich zu einigen Branchen der Industrie produzieren Rechenzentren ihre Energie – Primärenergieträger ist Strom – nicht selber. In der Konsequenz verfügen Rechenzentren nur über bedingte Einflussmöglichkeiten auf die Treibhausgasemissionen ihres Betriebes und sind von der Dekarbonisierung des Energiesystems abhängig. Um bereits heute eine klimaneutrale Energieversorgung großer Stromabnehmer zu ermöglichen, werden seit einigen Jahren Power Purchase Agreements (PPAs) – Langfristig laufende Verträge zur Versorgung mit regenerativ erzeugter Energie – zwischen Erneuerbaren-Energien-Anlagenbetreibern und großen Stromabnehmern geschlossen. Dabei wird im europäischen Vergleich deutlich, dass diese Vertragskonstellationen unter Berücksichtigung der jeweiligen Energiepreisgestaltung in den einzelnen Mitgliedstaaten nicht immer ökonomisch abbildbar ist.

Für einen sicheren und zuverlässigen Betrieb von Rechenzentren ist eine unterbrechungsfreie Energieversorgung unerlässlich. Zur Absicherung der Energieversorgung gegen Stromausfälle betreiben Rechenzentren gegenwärtig leistungsstarke und fossil betriebene Generatoren, die im Bedarfsfall automatisch anlaufen. Damit für den Betrieb der noch fossil betriebenen Generatoren emissionsarme bzw. -freie Versorgungsalternativen insbesondere auf Wasserstoffbasis oder in Form von kohlenstofffreien Biokraftstoffen entwickelt



werden können, sollten Forschungs- und Entwicklungsprojekte zur Entwicklung und Erprobung alternativer Antriebstechnologien sowie Kraftstoffe gestärkt werden. Aus den daraus resultierenden Forschungs- und Entwicklungsansätzen können neben Versorgungsmöglichkeiten für den Notfallbetrieb von Rechenzentren ebenso wichtige Erkenntnisse z.B. in den Bereichen Industrie und Mobilität gewonnen werden.

Für die Entwicklung ressourceneffizienter und umweltschonender Lösungen und zur Erschließung neuer Wertschöpfungsketten müssen die in Europa zur Verfügung stehenden Daten besser genutzt und die dafür erforderlichen digitalen Infrastrukturen z.B. 5G-Modulfunkstandard und Cloudservices ausgebaut werden. eco und die Mitglieder der Allianz zur Stärkung digitaler Infrastrukturen unterstützen die Forderung der EU-Kommission für den Ausbau der notwendigen Netz- und Speicherkapazitäten. Nur auf Grundlage eines leistungsfähigen und weit verfügbaren 5G-Mobilfunknetzes können die Potentiale z.B. des Internet of Things (IoT) oder der vernetzten Mobilität voll ausgeschöpft werden. Dazu sind Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus unerlässlich.

Zur Entwicklung, Erprobung und Verbesserung digitaler Anwendungen z.B. Künstliche Intelligenz (KI) sind darüber hinaus leistungsfähige digitale Infrastrukturen wie Rechenzentren notwendig. Damit die europäische Union in Fragen der Digitalisierung mit internationalen Partnern konkurrieren kann, sind der Ausbau moderner Netzstandards und leistungsfähiger Infrastrukturen zwingend erforderlich. Beim Ausbau der Infrastrukturen sollten energie-, klima- und umweltpolitische Zielsetzungen von vornherein mitgedacht werden, dazu wäre ein „europäischer Masterplan“ für die nachhaltige Digitalisierung Europas wünschenswert.

Europäische Industriestrategie

Als branchenspezifische Maßnahme des European Green Deals hat die EU-Kommission im März 2020 die Europäische Industriestrategie vorgestellt. Damit die europäische Industrie eine zukunftsfähige Position in den anlaufenden Transformationsprozessen einnehmen und ihre Wettbewerbsfähigkeit vorantreiben kann, will die EU-Kommission mit der Industriestrategie verlässliche Rahmenbedingungen für Innovationen und Investitionen schaffen. Trotz der digitalen und nachhaltigen Transformation soll die europäische Industrie ihre führende Innovationsposition in den Bereichen Arbeit, Soziales und Umwelt nicht einbüßen. Vielmehr sollen die Erfahrungen und Erfolge der Vergangenheit genutzt werden, um den strukturellen Nachholbedarf z.B. im Bereich digitale Technologien und Anwendungen aufzuholen.

Bereits im European Green Deal hat die EU-Kommission darauf verwiesen, dass der Digitalwirtschaft eine doppelte Funktion zur Bewältigung der Transformationen zukommt – emissionsfreier Betrieb digitaler Infrastrukturen und Entwicklung emissionsarmer/-freier Anwendungen und Technologien. Diese Zielformulierung wird mit der europäischen Industriestrategie noch einmal bekräftigt. Um die Digitalwirtschaft bei der Zielsetzung des künftigen Umbaupfades zu unterstützen, hat die EU-Kommission zahlreiche unterstützende Maßnahmen identifiziert.

Im Rahmen einer Erhebung zu den Forschungs- und Entwicklungsausgaben europäischer Unternehmen ist festgestellt worden, dass deren Investitionen in den vergangenen fünf Jahren zurückgegangen sind, während amerikanische und



chinesische ihre Forschungsausgaben deutlich gesteigert haben. Um diesem Trend Einhalt zu gebieten, sollen die bestehenden Rahmen zur Forschung und Entwicklung von digitalen Infrastrukturen, Anwendungen, Technologien sowie zu Sicherheitsfragen ausgebaut und beschleunigt werden.

eco begrüßt den angekündigten Ausbau von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben bzw. deren Beschleunigung. In den vergangenen Jahren haben die Betreiber von Rechenzentren immer wieder darauf verwiesen, dass bestehende Forschungs- und Entwicklungsprogramme gestärkt bzw. neue entwickelt werden müssen. Neben zentralen Forschungsfragen wie IT-Sicherheit müssen künftig relevante Fragestellungen wie z.B. Effizienzpotentiale der Digitalisierung erforscht und darauf aufbauend energie-, klima- und umweltschonende Anwendungen und Technologien entwickelt bzw. gefördert werden.

Um den Herausforderungen der Transformationen zu begegnen spricht sich die EU-Kommission für eine Überarbeitung des Bildungswesens aus. Im Zuge der Überarbeitung müssen sich die Herausforderungen und Chancen der Transformationen in den Bildungsangeboten widerspiegeln. Mit Blick auf die zunehmende Digitalisierung der Wirtschaft beziffert die EU-Kommission den in Europa bestehenden Fachkräftemangel in der Internet- und Digitalwirtschaft bereits heute mit knapp 1 Mio. Fachkräften.

eco und die Betreiber von Rechenzentren teilen die Einschätzung der EU-Kommission zum Fachkräftemangel und zur Notwendigkeit einer tiefgreifenden Modernisierung unserer Bildungs- und Ausbildungssysteme. In deutschen Rechenzentren arbeiteten im Jahr 2017 ca. 210.000 direkt oder indirekt beschäftigte Mitarbeiter, dabei bekommen die Betreiber von Rechenzentren schon heute die Folgen des Fachkräftemangels bei der Personalgewinnung zu spüren. Um einer weiteren Zunahme dieser Entwicklung entgegenzuwirken sind neben allgemeinbildenden Maßnahmen z.B. Informatik- oder Medienunterricht in der Schule zusätzliche Anstrengungen in den Bereichen Aus- und Weiterbildung zwingend erforderlich. Zur Fachkräftegewinnung sollten zukunftsfähige Ausbildungsberufe attraktiv gestaltet und mit ansprechenden Rahmenbedingungen untermauert werden. Zudem sollten Maßnahmen zur Entwicklung und Einrichtung klima- und umweltorientierter Ausbildungs- und Studiengänge ergriffen werden. Die Erfahrungen der Rechenzentrumsbetreiber zeigen, dass die Bedeutung von Themen wie z.B. Umweltmanagement künftig deutlich zunehmen wird. Derartige Entwicklungen sollten Bestandteil zukünftiger Lehr- und Studienpläne werden.

Schließlich prognostiziert die Europäische Industriestrategie einen ansteigenden Bedarf für digitale Infrastrukturen, nicht nur um den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft zu erreichen, sondern auch um die Digitalisierung voranzutreiben und die damit verbundenen Effizienzpotentiale zu heben. Dazu identifiziert die EU-Kommission den Aufbau des 5G-Mobilfunkstandards als Basis der anlaufenden Transformationen. Ebenso sollen industrielle Kapazitäten kritischer digitaler Infrastrukturen ausgebaut und digitale Infrastrukturen mit strategischer Bedeutung z.B. High-Performance-Computing, Daten-Cloud-Infrastrukturen, Blockchain und Quantentechnologie errichtet werden, um den digitalen Wandel voranzutreiben und die Sicherheit sowie Souveränität Europas zu stärken.

Die Mitglieder der Allianz zur Stärkung digitaler Infrastrukturen unterstützen die Analyse der EU-Kommission zum Aufbau und über die Notwendigkeit strategischer digitaler Infrastrukturen. Um die digitale Autonomie Europas zu stärken haben die Rechenzentrumsbetreiber in den vergangenen Jahren immer wieder auf die



Bedeutung strategischer, leistungsfähiger und effizienter Infrastrukturen verwiesen. Beispielsweise können auf Basis effizienter Hyperscaler wichtige Anwendungen z.B. KI ermöglicht werden und eine zentrale Infrastrukturrolle einnehmen. Damit der Aufbau der strategisch bedeutenden digitalen Infrastrukturen möglichst bedarfsorientiert und unter Maßgabe von Nachhaltigkeitsaspekten erfolgen kann, sollte eine wissenschaftliche Begleitung zu den ökonomischen und ökologischen Vor- und Nachteilen der jeweiligen Infrastrukturtypen sowie deren optimale Anwendungsfelder erfolgen.

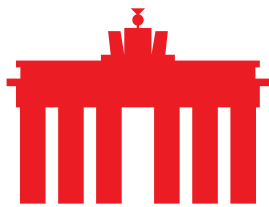
Europäische Mittelstandsstrategie

Mit dem Konzept „Eine KMU-Strategie für ein nachhaltiges und digitales Europa“ schafft die EU-Kommission eine weitere spezifische Strategie, die einen wettbewerbs- und zukunftsorientierten Rahmen für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) in Europa beinhaltet. Aufgrund ihrer strukturellen und wirtschaftlichen Eigenschaften kommt KMUs zur erfolgreichen Bewältigung der Transformationen eine zentrale Rolle zu.

Um die Position der KMUs als Treiber von Innovation zu erhalten bzw. zu stärken, werden mit der vorgelegten Strategie Maßnahmen für Wachstum und Expansion, zur Stärkung der Wettbewerbs- und Widerstandsfähigkeit sowie zur Implementierung nachhaltiger Handlungsweisen angekündigt. Damit die Handlungsfähigkeit von KMUs in Europa gestärkt wird, ruft die EU-Kommission die Mitgliedstaaten zum gemeinsamen Engagement für KMUs auf. Unter dem Slogan „Vorfahrt für KMU“ sollen die künftigen Rahmenbedingungen für KMUs optimiert werden.

In der Vergangenheit galten KMUs als Treiber für innovative und nachhaltige Lösungen. Diese Rolle gilt es mit der europäischen KMU-Strategie zu festigen und zukunftssicher auszugestalten. Für die Entwicklung moderner sowie nachhaltiger Lösungen sollen KMUs auf ihr vorhandenes Knowhow vertrauen und die Digitalisierung nutzen. Mithilfe der Digitalisierung können Effizienzpotentiale von Dienstleistungen sowie Produkten erfasst und umgesetzt bzw. darauf aufbauend innovative Geschäftsmodelle entwickelt werden.

eco und die Betreiber von Rechenzentren teilen die Einschätzung der EU-Kommission, dass KMUs die Basis zur erfolgreichen Bewältigung der Transformationsprozesse sein werden. Um die vorhandene Erfahrung zur Entwicklung innovativer Lösungen voll abrufen zu können, sollten weitere bürokratische Entlastungen z.B. durch digitale und effiziente Verwaltungsprozesse geschaffen werden. Diese sollten sich nicht nur auf das Im- und Exportwesen sowie mögliche Expansionsverfahren konzentrieren, sondern auch Vereinfachungen z.B. bei der Errichtung notwendiger Infrastrukturen vorsehen. Neben Indikatoren wie Energiekosten und Fachkräfteverfügbarkeit gilt insbesondere der bürokratische Aufwand als wichtiges Kriterium für die Standortentscheidung von Rechenzentren. Neben Maßnahmen zur bürokratischen Entlastung sind im Bereich des Mittelstands weitere Anstrengungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung erforderlich. Der europäische Mittelstand wird seine Position als Innovationstreiber nur dann halten können, wenn die Unternehmen und deren Mitarbeiter über das notwendige digitale Knowhow verfügen.



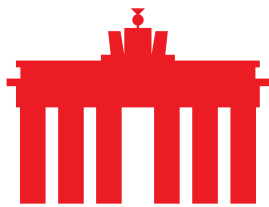
Zur Stärkung der unternehmerischen Landschaft Europas, soll Europa der attraktivste Standort für Start-Ups und Scale-Ups werden. Dazu sind nicht nur Erleichterungen bei der Unternehmensgründung und der Finanzierung vorgesehen, sondern auch Maßnahmen zur internationalen Fachkräftegewinnung und zur Mitarbeiterbeteiligung geplant.

eco begrüßt die Maßnahmen der EU-Kommission, zur Attraktivitätssteigerung des europäischen Binnenmarktes für in- und ausländische Gründer. Nach Einschätzung des eco ist für die Ansiedlung moderner, digitaler und nachhaltiger Geschäftsmodelle insbesondere der Kapitalzugang von besonderer Bedeutung. Obwohl der Anteil europäischer Investoren zur Bereitstellung von Risikokapital erhöht werden konnte, ist dieser im Vergleich zu nordamerikanischen oder asiatischen Investoren noch immer sehr gering. Um dieses Problem und das damit einhergehende Risiko einer Abwanderung von Innovationen zu verhindern, muss ein ausgewogener und attraktiver Instrumentenmix aus staatlicher Förderung, Finanzierung über den Kapitalmarkt und Möglichkeiten für private Investments getroffen werden.

▪ **Fazit**

eco und die Mitglieder der Allianz zur Stärkung digitaler Infrastrukturen begrüßen die Bemühungen der EU-Kommission für den klimaneutralen Umbau der europäischen Volkswirtschaft bis 2050 und wollen zur Bewältigung der bevorstehenden Herausforderungen einen Beitrag leisten. Mit dem European Green Deal und der darauf aufbauenden Industrie- bzw. Mittelstandsstrategie hat die EU-Kommission wichtige Chancen und Herausforderungen in dem jeweiligen Strukturumfeld definiert und darauf aufbauend sektorspezifische und sektorübergreifende Handlungsfelder identifiziert. Damit die Digital- und Internetwirtschaft ihrer doppelten Funktion – Entwicklung klima- und umweltgerechter Anwendungen sowie Technologien und Reduktion der eigenen Treibhausgasemissionen – nachkommen kann, sollte in den kommenden Jahren ein moderner und zukunftsweisender Ordnungsrahmen erarbeitet werden.

Um die digitale Autonomie Europas zu stärken bzw. voranzutreiben und klima- sowie umweltgerechte digitale Anwendungen zu erarbeiten, sollte der Ausbau digitaler Infrastrukturen z.B. Rechenzentren vorangetrieben werden. Für die Standortentscheidungen von Rechenzentren spielen die Dauer von Verwaltungsprozessen z.B. Genehmigungsverfahren, das Energiepreisniveau und die Fachkräfteverfügbarkeit eine zentrale Rolle. Im Bereich aller Entscheidungskriterien müssen zukünftig Verbesserungen erzielt werden, um die Standortattraktivität Europas dauerhaft zu sichern. Denkbar wären Maßnahmen zur Ausgestaltung moderner, effizienter und digitaler Verwaltungsprozesse sowie die Modernisierung bestehender bzw. die Entwicklung neuer Aus- und Weiterbildungsstrukturen. Bei dem angekündigten Monitoring zu den bestehenden Rechtsrahmen im Bereich Energie- und Klimapolitik sowie bei der Überarbeitung der europäischen Energie- und Umweltschutzbeihilfeleitlinien sollte die künftige strategische Bedeutung von Rechenzentren zur Berücksichtigung kommen. Dabei bedarf es der Diskussion, ob Sondertatbestände zur Energiepreisreduktion der energieintensiven Industrie noch angemessen erscheinen. Trotz eines ähnlichen Strombedarfsmusters zahlen Rechenzentren die Energiekosten in voller Höhe.



Diese Tatsache wirkt sich spürbar auf die Attraktivität des Digitalstandortes Europa aus.

Für den klimaneutralen Betrieb von Rechenzentren ist die Dekarbonisierung des europäischen Energiesystems essenziell. Im Vergleich zu einzelnen Branchen der Industrie produzieren die Betreiber von Rechenzentren ihren benötigten Strom nicht selber, sondern beziehen diesen über Lieferkontrakte mit Energiehändlern/-produzenten. Zur Reduktion der Treibhausgasemissionen aus dem Betrieb von Rechenzentren unterstützen deren Betreiber grundsätzlich den Ausbau erneuerbarer Energien in Europa. Neue Formen zur Energiebelieferung wie z.B. Power-Purchase-Agreement (PPA) unterstützen den Ausbau erneuerbarer Energie und ermöglichen den Betreibern erneuerbarer Energieanlagen die Absicherung ihrer Investitionen. Um solche Vertragskonstellationen zukunftsfähig auszugestalten, sollten attraktive und zukunftsweisende Rahmenbedingungen erarbeitet werden, die eine ökonomische Nutzung von PPAs in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ermöglicht.

Ebenso setzt sich eco dafür ein, dass zur Entwicklung innovativer klima- und umweltgerechter digitaler Anwendungen z.B. Software zur Effizienzsteigerung von Systemen und digitaler Technologien z.B. intelligente und effiziente Komponenten im Maschinenbau aber auch zur Forschung und Entwicklung essenzieller emissionsarmer bzw. -freier Kraftstoffe – auf Wasserstoff- oder Biokraftstoffbasis – bestehende Forschungsprogramme gestärkt und neue initiiert werden. Auf Grundlage der daraus resultierenden Forschungsergebnisse sollten neue Förderrahmen zur Erprobung und Marktreife der innovativen Lösungen erarbeitet werden.

Um innovative Ideen und Geschäftsmodelle eine Zukunft am Standort Europa zu ermöglichen, sollten die vorherrschenden Bedingungen insbesondere mit Blick auf die Kapitalisierung von jungen Unternehmen verbessert werden. In den vergangenen Jahren sind zukunftsweisende Innovationen immer wieder von nordamerikanischen und asiatischen Investoren aufgekauft worden, weil Start-Ups nicht im erforderlichen Umfang potentielle Geldgeber in Europa vorgefunden haben. eco setzt sich dafür ein, dass dieser Trend mithilfe eines ausgewogenen Instrumentenmix aufgehalten wird.

Über eco: Mit über 1.100 Mitgliedsunternehmen ist eco der größte Verband der Internetwirtschaft in Europa. Seit 1995 gestaltet eco maßgeblich das Internet, fördert neue Technologien, formt Rahmenbedingungen und vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Politik und in internationalen Gremien. Leitthemen sind Zuverlässigkeit und Stärkung der digitalen Infrastruktur, IT-Sicherheit und Vertrauen sowie Ethik und Selbstregulierung. Deshalb setzt sich eco für ein freies, technikneutrales und leistungsstarkes Internet ein.